

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Großbestellungen oder bei direkter Bestellung ohne Bestellgebühr monatlich 5.— M., bei Zustellung unter Streifenband 5.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postreform vom 1. April 1919 eingetragene Nummer 10000. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2806.

Inserate sollen die achtspaltige, Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 Dfl., Wortanzeigen das letzte Drittel Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Coverungsbeitrag 70 Proz. Bei Familien- u. Vereinsanzeigen 1/30 des Zuschlag frei. Insetate für den Samstagsausgabe müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Ententekommission in Oberschlesien.

Zum amerikanisch-mexikanischen Konflikt.

H. N. Haag, 22. August.
Aus New York wird gemeldet: Der amerikanische Konsul in Mexiko behauptet, daß Präsident Carranza die Bestimmung der Amerikaner, die die amerikanischen Truppen die Angelegenheit bereits verlassen, so daß amerikanische Truppen zu diesem Zweck nicht notwendig seien. Daher verlangt Mexiko die Zurücknahme der amerikanischen Truppen.
Der Vorsitzende des Senatsauschusses für militärische Angelegenheiten erklärte Kriegsminister Baker, daß sein Ausschuss die Regierung in jeder Weise unterstützen werde und sagte hinzu, daß nun die Zeit zu einem energischen Vorgehen gegen Mexiko gekommen wäre. Er meinte, daß alle Maßnahmen ergriffen werden könnten, wenn man geschwätzige Mexikaner gegenüber austrete, und daß eine Truppenmenge von 100 000 Mann zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Mexiko genügen würde. Während die beiden amerikanischen Militärkommissionen in Mexiko, ist ein anderer Amerikaner wiederum festgenommen worden. Ferner wird amtlich mitgeteilt, daß durch einen Anschlag auf einen Zug der Altoner-Nachrichtendienst ein Amerikaner verwundet wurde.

Die amerikanisch-japanischen Beziehungen.

H. N. Haag, 22. August.
Aus Tokio wird gemeldet: Minister Ishi erklärte in einem Interview, daß er über die künftigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan sehr optimistisch denke. Er meint, das Hauptinteresse für den amerikanischen Handel läge hauptsächlich in Europa und in Südamerika und nicht im fernem Osten.

Selbstverwaltung für Korea.

H. N. Haag, 22. August.
Aus New York wird gemeldet: „New York Tribune“ veröffentlicht eine Washingtoner Meldung, der zufolge die japanische Regierung mitteilt, daß Japan Korea das Selbstverwaltungsrecht gegeben hat.

Der Reichstongreß der Erwerbslosen.

Hamburg, 22. August.
H. T. B. meldet: Der Reichstongreß der Erwerbslosen begann heute morgen im Curiahaus seine auf zwei Tage festgesetzte Tagung in Anwesenheit von etwa 80 Delegierten der Erwerbslosenvereine und -Anstalten. Nachdem die Geschäftsordnung festgesetzt worden war, erörterte Wendel Berlin Bericht über die Tätigkeit des Reichserwerbslosenrates, an den sich eine längere Aussprache schloß, als deren Ergebnis eine vom Erwerbslosenrat beschlossene Eingekerkerte Entschliessung mit 99 gegen 24 Stimmen angenommen wurde, die die Tätigkeit des bisherigen Reichserwerbslosenrates in jeder Beziehung als durchaus unzulänglich erklärt, da bisher kein positives Arbeiten vorgefallen war, und besonders Mißtrauen ausdrückt über die parteiische Einseitigkeit des Reichserwerbslosenrates in Art 28 der Verfassung gegenüber den Erwerbslosenräten der Länder. Insbesondere betraf die Hinweise auf die kommenden Wahlen. Der geschäftsführende Ausschuss sei nicht befugt, derartige lokale Differenzen mit dem Namen des gesamten Reichserwerbslosenrates zu bezeichnen. Bei der Prüfung der Angelegenheit stellte es sich heraus, daß der sich als Kommunist und Vertreter des Erwerbslosenrates ausgebende Vertreter einer Agitationsliste, Gruenbaum, kein Mandat besaß. Die Versammlung schloß ihn aus, weil er sich unter falschem Namen eingeschlichen hatte.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Der Ausschuss zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau beriet, wie H. T. B. meldet, nach 18 Sitzungen seine Beratungen. Zahl der Vermittlungsbemühungen der wissenschaftlichen Mitglieder und durch manches Entgegenkommen von Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde, in vielen Fragen übereinstimmung erzielt. Insbesondere wurde beschlossen, die Verhandlung zu bitten, auf eine internationale Regelung der Frage hinzuwirken. Der verbleibende Unterschied

zwischen den Ansichten besteht im wesentlichen darin, daß die Arbeitnehmer nicht darauf verzichten zu können glauben, daß jetzt schon ein bestimmter Zeitpunkt für die Einführung der Sechsstundenarbeit festgelegt wird, während die wissenschaftlichen Mitglieder und die Vertreter der Arbeitgeber eine Entscheidung nicht treffen zu können glauben, bevor ein Urteil über den Umfang der drohenden Kohlennot möglich ist, was Ende November der Fall sein wird. Dem Arbeitsministerium wird der Vorsitzende des Ausschusses, Professor Dr. Franke, bereits morgen an Hand einer Reberschrift Bericht erstatten.
Wir werden auf die Verhandlungen noch zurückkommen.

Folgen der Kohlennot.

Es wird mitgeteilt: Der Reichsernährungsminister war infolge der in weitestlicher Weise abgeschlossenen Einkäufe in die Lage gesetzt, vom 1. August ab die Speisefett rationierung durch zu erhöhen, daß der dringendste Rettung der Bevölkerung für die kommende Zeit eingetragenen beschränkt werden konnte. Durch die fortwährenden Streikbewegungen in den Kohlengebieten und die damit verbundene mangelnde Kohlenlieferung der Margarinerwerke ist die Speisefettversorgung der Bevölkerung ausserordentlich gefährdet. Bereits jetzt ist die Hälfte der für die Margarinerproduktion tätigen Werke zum Stillstand verurteilt. Rohstoffe sind genügend da, können aber in unbeschädigtem Zustand an die Bevölkerung nicht verteilt werden. Wenn nicht in letzter Stunde die Arbeiter ein Einsehen haben und die dringend erforderlichen Kohlen fördern, ist es eine Unmöglichkeit, die Speisefettversorgung weiter durchzuführen.

Dieser Notiz merkt man es an, daß sie aus dem Ressort Robert Schmidt stammt, der schon durch seine Rede in der Nationalversammlung gezeigt hat, daß ihm jede Einsicht in die Ursachen der Kohlennot fehlt.

Verderbende Lebensmittel.

Eine offene Anfrage an die Regierung.

Die Exekutive des Arbeiterrats Groß-Hamburg stellt an die Reichsregierung und den Senat die offene Anfrage, was sie zu tun gedenken, um die im Hamburger Hafen gelagerten und lagernden Lebensmittel ordnungsgemäß behandeln und lagern zu lassen. Die Kommission für Handel, Schiffahrt und Gewerbe des Arbeiterrats Groß-Hamburg hat bei einer Besichtigung des Hamburger Hafens, die vor einigen Tagen stattfand, folgenden festgestellt:
In den Schuppen 84, 85b und 48 sind im Juli vom Schiff „Barconob“ 3000 Tonnen Lebensmittel einliefert (Makler Rob. R. Siemann, Alsdorfer G. & Hammond u. Co.). Die Ladung besteht aus Schmalz und Speck. Aus einem größeren Teil Speckflüssigkeit läuft das Wasser heraus, und es besteht die Gefahr, daß der Speck durch das längere Lagern dem Verderben preisgegeben wird. Ferner sind verschiedene Schmalzfässer geöffnet und halb entleert worden. Es ist notwendig, daß diese Fässer durch Kupfer emulsiert werden, da sonst das Schmalz auch dem Verderben preisgegeben ist. Auch lagert noch ein großer Teil Schinkenfladen und Speck, sowie Schmalz frei in Luften. Es müßte unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß die letztgenannten Lebensmittel sofort freigegeben oder an Kriegsküchen abgegeben werden.
Trotzdem die Befristung etwa eine Woche her ist, ist noch keine Besserung in der sachgemäßen Behandlung eingetreten. Wir ersuchen die Reichsregierung und den Senat, für die Befristung der großen Mischhände eintreten zu wollen.

Der 20-Millionenschmuggel.

Berlin, 22. August.
Heber den Goldschmuggel, der seit mehreren Tagen die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt, erfahren wir folgendes: Von amtlicher Seite ist bisher über die Goldschmuggelangelegenheit überhaupt nichts bekannt gegeben worden. Alles, was in der Presse veröffentlicht wurde, auch die Angabe über den Eigentümer des Geldes, beruht auf freier Erfindung oder bloßen Vermutungen. Der Berliner Kriminalpolizei liegt noch kein Bericht der nach auswärts entsandten Beamten vor. Sobald der Bericht eingegangen ist oder die Ermittlungen abgeschlossen sind, wird die Öffentlichkeit über den Verlauf der Angelegenheit in vollem Umfang unterrichtet werden.
An dem 20-Millionenschmuggel sind nachgewiesenermaßen sehr „hochstehende“ Kreise beteiligt. Es ist daher zu verlangen, daß die Polizei ihre sorgfältige Scheu preisgibt und möglichst schnell mit der Wahrheit aus Licht tritt.

C'est la guerre!

In Oberschlesien wütet die Ordnungsbestia. Sie wütet in Oberschlesien, wie sie in Berlin, in Lichtenberg, in Mühlheim, in Bremen, in Hamburg, in Braunschweig gewütet hat. Die Nachtruhe wird von Salvenfeuer, Kanonenschüssen und Handgranatendonner gestört. Zu Hunderten werden die Gefangenen durch die Straßen transportiert. In erschütternden Briefen wird uns vom ober-schlesischen Kriegsschauplatz berichtet, wie dort gereifte Männer, die viereinhalb Jahre lang aus ihren Weibern einen Ball ausgerichtet hatten, um den Kriegshebern und Kriegsverlängerern und Kriegswunden das Leben zu retten, während dabei ihre Frauen und Kinder dem Elend und dem Hunger beinahe erlagen, jetzt zum Danke dafür behandelt werden. Die ober-schlesischen Arbeiter, die in einem Lande mit unerschöpflichem Reichtum an Bodenschätzen stets Sklaven der Bequemlichkeit und Großgrundbesitzer waren, die jetzt für ein menschenwürdiges Dasein kämpfen wollten, sollen wieder in das alte Elend zurückgestoßen werden. In Oberschlesien herrscht jetzt das Entsetzen und bald wird wieder Friede sein. Aber es wird ein Kirchhofsfriede werden, hinter dem unendlicher Haß lodern wird gegen die Gewalttätigen, unter die sich jetzt die Arbeiterkassen ducken muß.

In einem Venetianer Blatt finden wir unter der Überschrift „Venetianer Kriegstage“ folgenden Kriegsbericht aus den jüngst vergangenen Tagen:

C'est la guerre! —
Diese alten Erinnerungen werden wieder wach. Wenn auch natürlich der Kleinkrieg, den polnische Banden in unser Oberschlesien getragen haben, unscheinbar, gering und unbedeutend erscheint gegen die entsetzlichen Großkampstage, die wir gelebt haben, sie wecken doch etwas von dem wieder in uns, was der Franzose als Zusammenfassung all des Kriegselends und des Kriegselends als sein immer gleiches „C'est la guerre!“ ausdrückte...

Von fernem Klingt in unsere Stadt das vereinzelte Infanterie- und Artilleriefeuer, ganz selten zwar; denn der Lärm der Stadt verdrängt es. Aber draußen, jenseits des Bahndammes, heult es lauter von den Höhen herüber. Die Staubgraue Straße nach Schomberg liegt in der strahlenden Blut der Hochlommerlöhne; alljährlich geht der Verkehr weiter. Ein Bierfuhrwerk rollt rasselnd dahin, zur Seite der Straßen promeniieren vergnügte Venetianer.

An einem Wegrain steht der erste Posten. Er kontrolliert den Verkehr, gibt Maßnahmen, wie weit das Gehen gestattet ist, wer überhaupt passieren darf. Wir weisen die Anweisung vor, erhalten lebenswichtige Kostum und Durchlaß.

In Schomberg sind die Straßen von Venetianern besetzt. Sie hocken vor den Häusern — still, manche verbittert — Männer und Frauen. Die Kinder stellen herum, lärmend, spielen, wissen nichts von der stummen Tragödie, die sich gar nicht weit von ihrem Dorke abspielt. Vereinzelte Soldaten gehen ihren Patrouillengang, die Handgranaten am Koppel, das Gewehr schuhbereit. Die Truppen haben schwere Tage hinter sich. Kleinkrieg, Kampf gegen hinterlistige Häufersöhnen.

Die Straße von Schomberg nach Orzegowo zieht sich in weiches Hügelland hinein. In den Feldern zu Seiten der Straße steht das erntereife Korn in Puppen aufgestellt. Müdige Hände regen sich, den uns so notwendigen Erntesegen zu bergen. Argwohn taft ein Maschinengewehr. Ein paar Felder werden mit Artillerie aufgeföhren. Sie mühte in die Schluchten, in denen sich tödliche Maschinen zwecklos verheert hatten, einige Schrapnelle hinüberjucken, um der vorgehenden Infanterie Opfer zu eriporen.

Von der Straße vor Orzegowo geleitet und ein junger Soldat den heißen Gang hinauf über Felder zu dem Offizier, der die Unterechnung in diesem Abschnitt leitet, Soldaten liegen am Weidenrand im Schatten. Die „Gulasholonnen“ stehen danken.

Im Hause, in dem der Abschnittsführer wohnt, finden wir freundlichen Empfang, herzlichem Entgegenkommen. An Hand des ausgebreiteten Karte erhalten wir die „Kriegsloge“ erklärt. Dann spricht der Offizier — es ist ein alter Hauptmann — über seine Truppe. Er spricht mit Stolz von der „Travou“ seiner Leute, Draufgänger, die man direkt zurückhaben muß! Erinnern an ersehen, Soldaten, die die Strafe Disziplin derer von 1914 haben! Aber etwas Neues ist in diesem Verkehr zwischen Offizieren und Mannschaften; ein herzliches Entgegenkommen, ein echt kameradschaftlich freundschaftliches Entgegenkommen des Offiziers, freiwillige, als notwendige Pflicht erkannte und freudig befolgte Disziplin seitens der Mannschaften. Und alles ist voll Zuversicht und Hoffnung, kein, nicht Hoffnung; voll Gewißheit. In ein paar Tagen haben wir's geschafft!

Unter dem Schutz solcher Kruppe kann Oberschlesien beruhigt sein!

Hinter uns groß das Gewehrfeuer noch Maschinengewehr. Inattern, sondern den flinken Tod hinüber zu den Insurgenten, die ihr deutsches Land an das Phantom: Bolschewik vorantreiben wollten. Aber hinter uns steht treue, deutsche Macht:

Die Freiwilligen vom Korps Wilhelms!

Das ist die Erklärung eines Blattes, das mit der Gewaltenteilung zufrieden ist. Man kann daraus einen Schluss ziehen, wie es jetzt in Oberschlesien zugeht. In den Straßen der großen Städte, in denen die deutsch-nationalistischen Elemente die Oberhand haben, promenierte vergnügte Menschen. In den Industriebezirken hocken die Männer und Frauen still und warteten vor ihren Häusern. Belgien von 1914 wiederholt sich in Oberschlesien.

Jetzt hat Herr Göring verkündet, daß die neuesten Meldungen günstig klingen, daß Ruhe und Ordnung wieder zurückgekehrt. Er behauptet weiter, daß die Bewegung „letzten Endes wartolischen Ursprungs“ sei. Es seien zahlreiche Hunderte von belassenden Schriftstücken über eine geheime bolschewistische Propagandaorganisation in Oberschlesien gemacht worden. Es seien bereits Kommandeure für die aufzustellenden polnischen Bataillone ernannt worden, die Sammelplätze seien schon bestimmt gewesen, für Waffenlager habe man reichlich gesorgt. Wie wissen nicht, ob diese polnische Organisation tatsächlich bestanden hat oder ob sie nur von den zahlreichen Spitzeln der Regierung ausgeheckt wurde. Aber das eine wissen wir, daß sich diese Spitzel seit Monaten schon bemüht haben, den Vorwand zur Erschaffung eines Feldheeres gegen die ober-schlesische Bevölkerung zu schaffen. In enger Verbindung mit Herrn Göring arbeitete die „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“, eine nationalistische Organisation, die Fortsetzung des belächeligen Schandenspiels. Wie diese Arbeit vor sich ging, das erzählt man aus folgendem Briefe:

Cesel, den 8. Juli 1919.

Ich habe 10 Kopien zum jetzigen Tagespreis von 10 RM. entgegengenommen, die die stille Agitation im Kreise durch Hin- und Herreisen ausüben sollen. Ich hoffe, dadurch einen größeren Erfolg zu erzielen als durch Abhaltung von Versammlungen und Verteilung von Flugblättern. Ganz abgesehen davon, daß letzteres während der in Aussicht stehenden Befreiung amerikanischer Truppen ohnehin unterbunden werden dürfte. Hört von diesen Herren, die ich schon noch ausgeben werde, werde ich für den Väter elyrischen Ankerdienst verwenden. Da ich schon für diese Herren, als auch für die am nächsten Sonntag stattfindende Demonstration größere Geldmittel benötige, bitte ich Sie mir 10 000 Mark baldigst zu überweisen. Die Abrechnung über die zuletzt erhaltenen 5000 Mark geht Ihnen in Kürze zu.

Über den Wolff, der unter polizeilicher Bewachung steht, kann ich Ihnen noch weitere Nachrichten noch mitteilen, daß für seine Verhaftung ausreichendes Material noch nicht zusammengebracht ist, er aber weiterhin beobachtet wird. Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit werde ich Ihnen noch Mitteilung machen.

Mit bestem Gruß

gez. Wilhelm Burgward.

Dieser Brief trat an die „Freie Vereinigung“ gerichtet. Herr Burgward ist Offizier a. D., Vorsitzender der rechtssozialistischen Partei in Cesel und Vertrauensmann des Herrn Göring. Die Beobachtung, daß in dem Schreiben genannten Wolff ist inzwischen fortgesetzt worden, daß der Spitzeltätigkeit konnte er später wirklich verhaftet werden. Ganz Oberschlesien wurde mit Spitzeln überhäuft. In den einzelnen Ortschaften veranstaltete man Demonstrationen für das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland, bei denen auf Grund von Listen kontrolliert wurde, ob auch alle Einwohner sich daran beteiligten. Wer dort fehlte, wurde sofort beobachtet, Sanktionen und Verhaftungen waren die Folge. In die Besatzung wurden Geheimzirkulare geschickt, in denen sie aufgefordert wurden, namentlich die polnisch sprechenden Arbeiter aufs Korn zu nehmen. Geld spielte bei dieser Spitzelorganisation überhaupt keine Rolle. Während so die deutsch-nationalistische Politik mit den unheimlichsten Mitteln gefördert wurde, standen die Polen, die unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten unter dem Namen Druck des Belagerungszustandes. Ihre Führer wurden verhaftet und abgeführt, die Presse war unterdrückt, die Versammlungsfreiheit vernichtet. Die Demonstrationen wurden offiziell nach Kräften unterdrückt. Wie wirksam in Oberschlesien Verhaftungen vorgenommen wurden, das zeigt sich an folgendem Falle: Auf Grund der Angabe eines Spitzels fand nämlich in Rybnik zwei Leute, Wiesert und Ogan, verhaftet worden. Der ober-schlesische „Kurier“, ein Zentrumblatt, schreibt dazu folgendes:

Die beiden verhafteten Bankbeamten Mecha und Ogan sind geborene Rybniker, erzogen sich hier allgemeinen Aufsehens und des großen Rufes. Sie sind polnisch und herangezogen. Der Staatskommissar Hering sollte politische Angaben sich erst kundtun lassen, denn bei fast allen, die mit so großer Sensation in die Welt gesetzt wurden, ist nichts herausgekommen. Es gibt wirklich genug dringende, andere Arbeit in Oberschlesien und im Kreise Rybnik, daß in der Kampf gegen das Räuber- und Banditenum, das am hellen Tage wagt, wendet und die Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen läßt.

Weshalb Fälle von willkürlichen Verhaftungen haben sich ungestüme Male wiederholt. Je härter der „Grenzschutz“ wurde, desto höher stieg die Zahl der rücksichtsloser wurde die Gewaltpolitik gegen die Bevölkerung ausgebaut, desto größer wurde aber auch die Unsicherheit in Oberschlesien. Nicht nur die Arbeiterräte, auch öffentliche Behörden erlitten um Fortnahme des Grenzschutzes. Aber der Grenzschutz blieb, der Belagerungszustand wurde aufrechterhalten.

Weshalb steht mit der politischen Unterdrückung hielt die wirtschaftliche Ausbeutung des ober-schlesischen Arbeiters durch das Gruben- und Hüttenkapital. Es ist festzustellen worden, daß die Kohlenförderung in Oberschlesien einen sehr günstigen Stand hatte, daß aber die Unionsbewegung mit Absicht die volle Ausnutzung der Produktion unterbanden. Als sie noch die Sozialisierung fürsteten, versuchten sie, die Rentabilität herunterzubringen, um die Übernahme der Betriebe auf das Reich als ein ungünstiges Geschäft erscheinen zu lassen. Niedrige Werte sind aus Oberschlesien herausgeschafft und den neuesten Ein-

griffen entzogen worden. Die Regierung hat diese arbeitsschädliche und volkshädliche Betätigung des ober-schlesischen Kapitals noch gefördert. Die Kohlenbalden waren überfüllt, aber es wurden viel zu wenig Waggons gestellt, um die Vorräte abzutransportieren.

Zu alledem kamen dann die Differenzen wegen der Einstellung der Beamten, die als Grenzschutzleute tätig gewesen waren; wir haben vor einigen Tagen bereits darüber berichtet. Der Zustand, in den die Arbeiter des ganzen Bezirks traten, war nicht eine wohlbedachte Aktion, sondern ein einfach der erschütternde Ausschrei eines ganzen Arbeitervolkes, das die ihm auferlegten Fesseln nicht länger tragen konnte. Gäbe man in diesem Augenblick eine Politik der Vermögen begonnen und die durchaus berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt, so wären die Verhältnisse in ganz kurzer Zeit wieder zur Arbeit zurückgeführt. Aber das System Göring läßt sich nur gerade auf diesen Moment gelauert zu haben, um nunmehr loszuschlagen. „Spartakisten“ und Polen sollten den Zustand verurteilt haben. Jeder Völk wurde zum „Spartakisten“, jeder „Spartakist“ zum Polen gestempelt. Mag sein, daß polnisch-nationalistische Elemente auch ihrerseits den Augenblick gekommen glaubten, in dem sie sich auslagern konnten. Mag auch sein, daß sie von jenseits der Grenze Unterstützung durch Huzar von Abenteuerern und Sicherung von Waffen bekamen. Aber das eine steht fest, daß die ober-schlesische Arbeiter-schaft mit diesen Dingen nicht das mindeste zu tun hat, sie verlangt nach Beseitigung der politischen Gewalt Herrschaft, sie will den wirtschaftlichen Kampf um Verbesserung ihrer Lage ohne Maschinengewehr und Handgranaten führen. Es steht aber weiter fest, daß gerade durch das Auftreten Görings die polnischen Nationalisten erst zu ihren Ruchversuchen ermuntert worden sind, daß sie keine nennenswerte Rolle hätten spielen können, wenn über die Forderungen der Arbeiter in Ruhe verhandelt worden wäre. Man hat wohl verhandelt, aber man fragte nur nicht wie. Herr Göring ließ von den Gewerkschaftsbeamten, die sich um jeden Einfluß auf die ober-schlesischen Arbeiter gebracht haben, eine Entschuldigun annehmen, in der der Zustand der Arbeiter zum „wilden Streik“ gemacht wurde, und daraus entnahm er dann den Vorwand, die Gewalt der Waffen sprechen zu lassen.

Jetzt haben die Vorgänge in Oberschlesien dank der Unfähigkeit der Regierung internationale Bedeutung gewonnen. Eine Entente-Kommission ist dahin abgereist, um sich an Ort und Stelle zu informieren. Es waren schon früher Entente-Kommissionen in Oberschlesien. Um ihnen aber einen unbeeinträchtigten Einblick in die Verhältnisse zu verschaffen, umgab man sie mit deutsch-nationalistischen Elementen und Anhängern der Göringschen Gewaltpolitik. Jetzt scheint man es wieder zu machen zu wollen. Dem „Ulfr-Wendblatt“ wird aus Breslau folgendes gemeldet:

Wie ich erlöste, wird das Material für die zintreffende Entente-Kommission bereits gesammelt. Das Reichskommissariat erläßt eine Denkschrift nicht allein über die jetzige Bewegung, sondern auch über die früheren Bewegungen mit besonderer Rücksicht auf die Rolle der polnischen Agitatoren an diesen Fokuspunkten.

Herr Göring hat also das Material schon gesammelt. Die Spitzel sind nicht müde gewesen. Ob sich die Vertreter der Entente durch dieses Spiel werden täuschen lassen? Meinade könnte man das Wort wiederholen: Man muß sich kämen, ein Deutscher zu sein. . .

Aus der vorgestrigen offiziellen Meldung über das Ergebnis der Berliner Beratungen über die Vorgänge in Oberschlesien konnte man die Hoffnung schöpfen, daß die Regierung in zwiölfter Stunde zur Erkenntnis gekommen sei, daß nur eine vollkommene Umkehr von dem bisherigen Wege noch etwas retten könne. Aber es scheint, daß es wieder, wie in so vielen anderen ähnlichen Fällen, nur bei den Versprechungen bleiben soll, daß die Regierung in Wirklichkeit gar nicht die Absicht hat, ihre Versprechungen einzulösen. Vielleicht hat sie auch gar nicht mehr die Macht dazu. Nachdem die Ordnungsbestie einmal losgelassen ist, läßt sie sich so leicht nicht wieder zähmen. Noch immer kommen Siegesmeldungen aus Oberschlesien, noch immer werden von den Regierungstruppen herrliche Laten deutscher Tapferkeit auf dem ober-schlesischen Kriegsschauplatz vollbrocht. Der Schrecken rast durch die Straßen der ober-schlesischen Ortschaften, Entsetzen lähmt die Bevölkerung. Vielleicht wird die „Ruhe“ dadurch wieder hergestellt. Aber eine Beendigung des ober-schlesischen Dramas auf solche Weise wird nur den völligen Verlust eines der wertvollsten Wirtschaftsgebiete Deutschlands vorbereiten.

Die Instruktion für die Entente-Kommission.

Berlin, 22. August.

Offiziell wird mitgeteilt: In der heutigen Sitzung der deutsch-polnischen Kommission, die im künftigen Amt unter Vorsitz des Herrn Reichsministers Müller und in Anwesenheit der Vertreter der Entente-Regierungen sowie der künftigen polnischen Delegationen stattfand, wurde im Einverständnis mit letzteren die Instruktion für die in den nächsten Tagen nach Oberschlesien reisende interalliierte Militär-Kommission festgesetzt. Die Instruktion bestimmt, daß die Offiziere sich über die gegenwärtige Situation informieren und sobald wie möglich nach Berlin zurückkehren sollen, um die deutsche Regierung von dem Ergebnis ihrer Reise in Kenntnis zu setzen. Die Kommission hat volle Bewegungsfreiheit, die Möglichkeit der Versprechungen mit beliebigen Personen, und kann jederzeit die Grenze überschreiten. Die deutschen Behörden sind angewiesen, der Kommission jede zweckdienliche Auskunft zu erteilen.

Hieraus folgt, daß diese Kommission weder überwachende noch gar entscheidende Befugnisse hat, daß sie vielmehr lediglich der Einholung von Informationen dient, wie denn auch ihre Tätigkeit auf möglichst kurze Zeit beschränkt sein soll. Die interalliierte Kommission wird sich in den nächsten Tagen nach Oberschlesien begeben, um zunächst in Breslau mit den maßgebenden Stellen in Fühlung zu treten.

Neuester Siegesbericht.

Rattowik, 22. August.

Die Pressstelle des Staatskommissariats teilt mit: Nachmittagsbericht aus dem Aufstandgebiet: Abschnitt Deutsch: Nichts Neues. Die Gauschungen nehmen ihren Fortgang.

Abchnitt Rattowik: In Giesau fand beim Aufbruch der Woche eine Vandalenschießerei statt. Der Wochthobende wurde erschossen. Als die übrigen Mannschaften die Reide bergen wollten, wurden sie von polnischer Seite von Oskertuppen mit Maschinengewehren beschossen, wobei noch ein Mann getötet und mehrere verwundet wurden. Somit herrscht im Abschnitt Rattowik die Grenze ist wieder von unseren Truppen besetzt.

Abchnitt Rattowik: Nichts Neues.

Hoover über die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 22. August.

Vor dem Obersten Rat der Alliierten berichtete der von einer Studienreise aus Polen und Oesterreich zurückgekehrte amerikanische Lebensmittelkommissar Hoover namentlich über die Lage in Oberschlesien. Nach „Echo de Paris“ glaubt Hoover, daß eine internationale Kommission die Schwierigkeiten beseitigen könne, die sich in Oberschlesien zwischen Deutschen und Polen ergeben haben. Man nehme deshalb an, daß er in der heutigen Sitzung des Obersten Rates die Entsendung von amerikanischen, französischen und italienischen Sachverständigen des Bergbaus beantragt werde. Das Blatt glaubt, daß von einer sofortigen militärischen Besetzung Oberschlesiens nicht mehr die Rede sei. Einige Tagesblätter dagegen nehmen an, daß sie doch erfolgen werde.

Die Internationale.

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben: Die erweiterte Parteileitung beschäftigte sich in einer Sitzung am 21. August mit dem Bericht der Luzerner Konferenz. Der eingehende Bericht unserer Delegierten Crispian und Giffert wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Genossen wiesen darauf hin, daß sie in Uebereinstimmung mit den vorausgegangenen Besprechungen in der erweiterten Parteileitung auf der Luzerner Konferenz die Stellung der Partei dahin präzisieren wollten, es könne für die Partei nur die Teilnahme an einer Internationale in Frage kommen, die von sozialrevolutionären Grundgedanken geleitet, eine Internationale der proletarischen Aktion zur Eroberung und Behauptung der politischen Macht ist. In einer solchen Internationale könne naturgemäß kein Raum sein für Parteien, wie die deutschen Rechtssozialisten in völliger Preisgabe des Klassenkampfes und der sozialistischen Grundgedanken, insbesondere in der revolutionären Periode durch Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eine konterrevolutionäre Haltung einnehmen.

Die prinzipielle Stellung, die unsere Genossen einnehmen, ist ein bedeutender Teil der Luzerner Konferenz, insbesondere der Mehrheit der französischen Partei, Billigung und Unterstützung. Da die Konferenz nur vorbereitend über die Parteistellung, fanden, wie von vornherein feststand, Beschlüsse über die prinzipielle und taktische Fragen überhaupt nicht statt. Die angenommenen Abstimmungen hatten keinen bindenden Charakter. Durch die eine Abstimmung wurde dem Kongress die Organisationsvorlage zur Beratung überwiesen. Bei der Stellungnahme zum Friedensvertrag wurde bei den Einleitungen keine gesonderte Abstimmung, sondern nur die Konstatierung angenommen, welcher Delegation sich der einen oder anderen Fassung angeschlossen. Die Entscheidungen können erst auf einem ordentlichen Kongress fallen, der frühestens im Februar 1920 in Genf stattfinden soll, und an dem alle sozialistischen Parteien teilnehmen können.

Die erweiterte Parteileitung war einmütig der Ansicht, daß sie unbedingt an den prinzipiellen Beschlüssen der Parteileitung für die Teilnahme an der Internationale festhält, und daß insbesondere der Anschluß der U.S.R. an eine Internationale unmöglich werde, die als politische und damit die Partei der Rechtssozialisten noch als eine sozialistische anerkennen würde.

Die Parteileitung beschloß weiter, ihre Bemühungen fortzusetzen, mit den sozialrevolutionären Parteien aller Länder enge Fühlung zu nehmen, um sich über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen und den Versuch zu machen, eine internationale des proletarischen Kampfes, die auf sozialrevolutionärem Boden steht, zu stiften.

Die Parteileitung wird alles daran setzen, um über die internationale Situation der sozialistischen Parteien, insbesondere auch bezug, mit denen sie in Zimmerwald und Kiental zusammengekommen hat, Informationen zu erhalten. Die Parteileitung wird der Partei sobald wie möglich eingehendes Informationsmaterial zugänglich machen, um so die Grundlage für die Diskussion zu finden. In diesem Zweck wird sie auf dem Parteitag ein Programm im Sinne unserer revolutionären Grundgedanken vorlegen, nach denen der Aufbau der Internationale erfolgen soll.

Die Frage unserer Stellungnahme zur Internationale wird auf die Tagesordnung des Parteitages gestellt werden, der für den Herbst geplant ist. Der Parteitag wird endgültig über die Stellungnahme der U.S.R.D. zu entscheiden haben.

Wo bleibt das Gesetz über die Kommunalisierung?

Die von der Regierung bis zu ihrem Rücktritt demokratisierte Sozialisierungskommission hatte bereits im August dieses Jahres den Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalisierung fertiggestellt und der Regierung vorgelegt. Die Regierung hat diesen Entwurf aber nie veröffentlicht, weil er ihr, trotzdem nachher Oberbürgermeister ihm zugestimmt hatten, zu weit ging. Statt dessen hat sie einen eigenen Gesetzentwurf fertiggestellt, der aber bis jetzt trotz vieler Mahnungen fertiggestellt worden ist. Diese Feindschaft der Regierung gegen die Inangriffnahme der Kommunalisierung hat eine schwere Bemerkung und Schädigung der Gemeinden hervorgerufen, denen dadurch die Grundbesitzverhältnisse und die mangels geistlicher Grundbesitzverhältnisse Verhältnisse auf diesen zur Kommunalisierung reifen Gebieten einfach laufen lassen müssen.

Auf diese unerhörten Dinge, die die Stellung der Rechtssozialisten zur Sozialisierung genögend kennengelernt wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nun erneut gelenkt durch den folgenden Notiz der Reichsregierung, die den Deutschen Städtegesetz. Er lautet:

Der Vorstand des Deutschen Städtegesetzes an den Reichsminister des Innern den Reichsminister des Innern zu arbeiten nach dem Reichsgesetz über die Kommunalisierung von Wirtschafts-

Die Frage der Internationale auf dem schweizerischen Parteitag.

Am 17. und 18. August fand in Basel ein außerordentlicher Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz statt. Als Hauptverhandlungsgegenstand war die Frage des Eintritts in die dritte Internationale auf die Tagesordnung gestellt. Anlässlich der Wichtigkeit dieser Frage bringen wir nachstehend einen ausführlichen Bericht über diesen Punkt der Verhandlungen.

Genosse Dr. Bessi spricht als erster Referent. Er erinnert an den Beschluss des Parteivorstandes, dem Parteitag zu beantragen, den sofortigen Eintritt in die dritte Internationale zu beschließen.

Der Kernpunkt der Frage für den Eintritt in die 3. Internationale bedarf nicht anders als die Entscheidung zwischen Sozialreform und Revolution. Es ist dieselbe Frage, die seit der wissenschaftlichen Begründung des Revisionismus die Gemüter bewegt und in der Schweizerischen Partei noch nie zur Entscheidung gestellt wurde wie in dieser Stunde. Wohl ist anzugeben, dass die Stellungnahme Namerwald, Hentel, Wiltstätter geeignet waren, eine solche Klärung zu schaffen über den Krieg und seine Probleme. Allein die Resolutionen haben nicht lange an Gültigkeit verloren.

Der heute noch in Arbeit befindliche, das der Kapitalismus in das Stadium schwerster Krise eingetreten ist und sich dem Untergang nähert, der leugnet die objektive Notwendigkeit des Sozialismus und gibt damit das Gesagte auf.

Die Revisionisten wollen ebenfalls den Sozialismus einführen und zwar allmählich und ohne Gewalt, auf dem sogenannten Weg der Entwicklung. Sie wollen den Sozialismus einführen mit dem Mittel der Gewerkschaften, der sozialen Reformen und der politischen Demokratisierung. Dabei scheint man zu übersehen, dass die Tätigkeit der Gewerkschaften sich bis jetzt beschränkt hat auf den Lohnkampf und die Verbesserung der materiellen Arbeitsbedingungen. Das aber bedeutet nichts anderes als die Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung je nach den Marktverhältnissen, der Konjunktur. Man übersieht aber auch, dass das Mittel der sozialen Reform zur Herbeiführung des Sozialismus unzulänglich ist, dass es seine selbstverständlichen Schranken in den Interessen des Kapitals findet. Der heutige Staat — und da macht die Schweiz nicht die geringste Ausnahme — ist eben ein reiner Klassenstaat, der offizielle Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft. Bleibt noch die fortschreitende Entwicklung der Demokratie.

Dieser aber ist von der Klassegeistes und ihren Vertretern sofort gepöbeln worden, wenn sie die Lendeng hatte, ihren kapitalistischen Massencharakter zu verkörpern, um sie in ein Weltgesetz der tatsächlichen Volkswirtschaften umzufügen.

Genosse Bessi gelangt deshalb zu dem Schluss, dass der Weg der sozialen Reformen, wie er von unserer revisionistischen Richtung unter Führung jener Gewalt auf dem Mittel der Demokratie verfolgt wird, im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und im Gegensatz zur sozialen Revolution steht. Wir wollen die Überführung einer neuen Gesellschaftsordnung.

Die Mitglieder der dritten Internationale erklären ihre Aufgabe darin, die revolutionäre Erziehung der Arbeiterklasse zusammenzuführen, die Bewegung von den bestehenden Weimarer Regierungen des Opportunismus und Sozialreformismus zu reinigen, die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zu sammeln und dadurch den Sieg der kommunistischen Weltrevolution zu erleichtern und zu beschleunigen. Sie gelangen deshalb in ihren Richtlinien zuerst zu einer objektiven Darstellung der erst durch den Weltkrieg vollkommen manifest gewordenen Herrschaft der Weltwirtschaft, des Aufbaus einer neuen Epoche, der Epoche der Abbaus des Kapitalismus und seines inneren Zusammenbruchs und damit der Epoche der kommunistischen Revolution des Proletariats. Die Menschheit, deren ganze Kultur in Krämpfen zerbrach, ist bedroht von der Gefahr des Unterganges. Nur eine Kraft gibt es, sie zu retten — das Proletariat, die größte produktive Klasse.

Angewiesen bewaffnet sich das Weltproletariat gegen das Proletariat zum letzten Kampf. Unter dem Deckmantel des Völkervereinigungsschlusses sammelt es seine letzten Kräfte, um die spontan verfallenen Teile des kapitalistischen Systems wieder zusammenzulegen und seine Kräfte gegen die proletarische Revolution zu führen. Auf diesen neuen ungeheuerlichen Anschlag der kapitalistischen Klasse muss das Proletariat durch die Eroberung der politischen Macht antworten, muss diese Macht gegen seine eigenen Feinde wenden und sie als Hebel zur Umwandlung der Gesellschaft benützen. Der entscheidende Sieg des Weltproletariats wird der Beginn der Geschichte der besetzten Menschheit sein.

Genosse Bessi bespricht nach die Aufgaben der Parteien, wie sie in den Richtlinien niedergelegt worden sind unter Betonung, dass wir nach wie vor in der jetzigen Situation in der Wahl der Kampfmittel nicht gebunden seien und schließt mit dem Satz: Es lebe die internationale Republik der proletarischen Völker. (Beifall)

Quarler spricht als Gegenreferent. Im Gegensatz zu der sozialistischen Bevölkerung durch Genossen Bessi habe die Diskussion sich in der Partei von Einigungen leiten lassen. Quarler tritt der Auffassung entgegen, dass es sich darum handelt, zwischen Revisionismus und Revolution zu wählen. Aus der historischen Entwicklung kann nie der Sozialismus herauswachsen. In tatsächlichen Fragen kann man wohl zufälligerweise mit den Revisionisten übereinstimmen. Die soziale Revolution ist etwas mehr als taktische Maßnahmen; darunter hat man einen ganzen Gesellschaftszustand zu verstehen. Es muss daher untersucht werden, wie die Verhältnisse mit dem Wesen der Sozialrevolution übereinstimmen. Es ist eine große Übereinstimmung zwischen den Völkern vorhanden, die die revolutionäre Bewegung nicht durchbrechen kann ohne Heberhebung der Massen mit den Instanzen der Revolution. Das Verhalten der Bourgeoisie hat die Arbeiterklasse so verblüht, dass es verständlich ist, wenn sie Massen aus Wut in die dritte Internationale eintraten würden. Die moralische Wucht der russischen und ungarischen Revolution im Zusammenhang mit dem Sturm im eigenen Land hat eine große moralische Wirkung erzeugt. Aber von Einigungen dürfen wir uns nicht leiten lassen. Die — sind alle Momente berücksichtigt werden.

Wenn an Stelle der zweiten Internationale eine Internationale der Tat gegründet werden soll, müssen alle Vorbedingungen geschaffen werden, die es den Arbeitern aller Länder ermöglichen, den revolutionären Kampf zum Erfolg zu führen, wie er selber den Genossen in Russland und Ungarn nicht beschaffen war. Die Moskauer Internationale ist auch nicht das Ganze, das dem Proletariat die Richtung gibt, den es notwendig haben muss.

Quarler kritisiert die Richtlinien des zweiten Parteitag, weil dort die Behauptung aufgestellt wird, der Kapitalismus bestehe nicht mehr. Das sei ein schmerzlicher Irrtum, der zu katastrophalen Fehlschlüssen führen kann. Der Kapitalismus ist selbst noch in Deutschland, in der Schweiz und auch in Ungarn noch nicht verschwunden. In Russland fanden unsere Genossen die gleichen historischen Umstände vor, wie sie in Frankreich im Jahre 1789 vorlagen. Die

politische Macht, die dort vom Proletariat übernommen wurde, soll dazu verwendet werden, die sozialistische Gesellschaft einzuführen. Ob das Problem gelöst wird, wird sich erst zeigen. In anderen Ländern liegen die Verhältnisse nicht ebenso. Die Arbeiterklasse Amerikas und Großbritanniens müsste gewonnen werden, soll eine leistungsfähige Internationale gebildet werden. Dort, wo der Kapitalismus am stärksten entwickelt ist, muss er getroffen werden, sonst nützt alle unsere Anstrengung nichts. (Bravo)

Es soll deshalb eine Organisation und Richtlinien geschaffen werden, die uns auch die britischen Arbeiter einfließen.

In großen Problemen soll die Arbeiterklasse selbst weitersprechen und mitbestimmen. Das ist in Moskau nicht gegeben. Das Urteil über die Frage muss durch die Wirkung gebildet werden, damit nicht einzelne ihren Einfluss ausüben können. Für die nächsten Jahre geht die Arbeiterklasse ganz auf sich angewiesen sein. Der Beschluss auf Eintritt in die dritte Internationale wird das Würgertum noch schärfer machen, als es bis jetzt schon war und die uns noch fernstehenden Arbeiter abspalten.

Die Mehrheit unserer Beschlüsse ist so, dass das eigentliche Proletariat in Minderheit ist. Die Energie kann ja vieles leisten, aber wenn man betrachtet, dass nicht einmal zehn Prozent der Bevölkerung, die zu uns gehören, mit uns geht, so kann man nicht auf die Verwirklichung der Richtlinien der dritten Internationale rechnen. Erst müssen diese Schichten gewonnen werden, sonst werden wir uns mit den Vorkämpfern zufrieden stellen müssen, oder werden, wenn wir es auf offene Kämpfe ankommen lassen, den Kürzeren ziehen.

Genosse Juggler empfiehlt statt des Eintritts in die dritte Internationale, der Geschäftsleitung den Auftrag zu geben, Schritte für die Vorbereitungen zu einem Weltarbeiterkongress zu treffen. Seine Ausführungen gipfeln in folgender motivierter Ablehnung des Eintritts:

Resolution Juggler.

Der außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 17./18. August 1919 in Basel erkennt die Notwendigkeit der Schaffung einer internationalen Verbindung des Proletariats aller Länder an Stelle der von sogenannten Sozialparteiern geleiteten 2. Internationale ausdrücklich an. Der Parteitag verpflichtet den Parteitag und die Mitglieder der in Moskau gegründeten sogenannten 3. Internationale insoweit, als die neue Internationale einer proletarischen Verbindung im Interesse der Förderung bis zu deren Verwirklichung der revolutionären sozialen Ziele und zum Zweck der gemeinsamen Verbreitung und Durchführung revolutionären Kampfes sein soll. Ebenso wird die in dem Manifest der 3. oder Moskauer Internationale enthaltene Kritik über das Wesen der bürgerlichen Demokratie im großen und ganzen als zutreffend anerkannt. Gleichzeitig muss das tapferere Verhalten, die ehrliche Überzeugung und ebenso die Opferwilligkeit der russischen und ungarischen Revolutionäre die größte Bewunderung abdrücken. In diesem Sinne sollen wie die Revolutionäre in Russland und Ungarn und zum Beispiel nehmen.

Die gewaltigen, zur Zeit bestehenden Unterschiede der politischen und wirtschaftlichen Zustände sowie die großen Unterschiede in den Machtverhältnissen der einzelnen Länder erschweren die Auffassung und Durchführung allgemein verbindlicher Richtlinien, die nicht als allgemeine gültig anerkannt werden können, zum Teil den Interessen widersprechend erscheinen, oder zu einer tatsächlichen Orientierung verpflichten, die ganz besonders für die Schweizerische Arbeiterbewegung zu den verhängnisvollen Folgen führen müßten.

Es ist daher notwendig, statt den Eintritt zur Moskauer Internationale zu beschließen, der entweder nur als platonische Sympathie und Solidaritätserklärung ohne praktischen Wert aufgefasst werden muss, oder die Schweizerische Arbeiterbewegung in verhängnisvolle Gefahren drängt, eine internationale Verbindung anzustreben, der die sozialistischen Arbeiterbewegungen aller Länder sich vorbehaltlos anschließen können.

Der Parteitag gibt der Geschäftsleitung Auftrag, zu diesem Zweck unverzüglich mit den proletarischen Organisationen aller Länder Kontakt zu nehmen und die Initiative zur Vorbereitung eines allgemeinen sozialistischen Arbeiterkongresses zu ergreifen, der durch die Parteivorstände der neutralen Länder gemeinsam einberufen wäre.

Als zu diesem Zeitpunkt, wo der sozialistische Weltarbeiterkongress stattfinden kann, sind die Parteivorstände der verschiedenen Länder aufzufordern, zu den Manifesten und Richtlinien der Moskauer Internationale Stellung zu nehmen. Eine von den Parteien der neutralen Länder zu wählende Kommission sammelt die Resultate dieser Stellungnahme und erhält Auftrag, solche Richtlinien und Statuten aufzustellen, die als allgemein verbindlich anerkannt und befolgt werden können. (Beifall)

Nach einer sehr lebhaften Debatte, bei der noch verschiedene Änderungsanträge einzelner Sektionen begründet wurden, folgte die

Abstimmung:

Es wurde zunächst der Antrag des Parteivorstandes betreffend den formellen Austritt der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei aus der 2. Internationale mit 489 gegen 1 Stimme angenommen.

In der zweiten Abstimmung wurde der Antrag der Winterthurer Partei, die Frage des Eintritts erst zu entscheiden, nach der Abstimmung des Parteiprogrammes der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei, mit 267 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

In einer dritten Abstimmung wurde der Antrag Reinhard, der die Geschäftsleitung beauftragte, mit den revolutionären Parteien in Verbindung zu treten, um eine Einigung des internationalen Proletariats im Sinn und Geist und auf dem Boden der Richtlinien der 3. Internationale herbeizuführen, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wenig wurde ein Antrag der Sozialisten, wonach die Schweizerische Partei zwar das Endziel der dritten Internationale auch als das ihrige anerkennen, sich aber die Kampfmethoden zur Erreichung dieses Zieles in der Schweiz den hier herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend selbst zu bestimmen vorbehält, mit 201 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

In einer fünften Abstimmung wurde ein Zusatzantrag Silberrodt, wonach der Parteivorstand den Parteitag mit dem Inhalt: Der Parteitag nimmt in Übereinstimmung mit dem Moskauer Manifest Kenntnis von der Schaffung der Besonderen des Eintritts, dass die sozialdemokratische Partei nach

folgendem Bescheid in allen ihren Aktionen volle Handlungsfreiheit behält, entsprechend der historischen Situation und den objektiven Verhältnissen des Landes, mit 252 gegen 188 Stimmen abgelehnt.

In der Schlussabstimmung fanden sich der Antrag des Parteivorstandes auf Eintritt in die dritte Internationale, und der Antrag der Sektion Le Sentier, der dritten Internationale nicht beizutreten, gegenüber. Der Antrag des Parteivorstandes lautet:

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei entschließt sich, reichlich gewaltiger Diskussion über die Richtlinien der dritten Internationale den außerordentlichen Parteitag in Basel den sofortigen Eintritt in die dritte Internationale zu beschließen.

In der 14. Abstimmung wurde dieser Antrag gegenüber der Sektion mit 818 gegen 147 Stimmen angenommen und damit der Beitritt der Schweizerischen Partei zur 3. Internationale beschlossen.

Es sollte jedoch noch die Abstimmung darüber, ob der Beschluss des Parteitag einer Urabstimmung zu unterbreiten sei. Nach den Parteistatuten unterliegt ein Beschluss des Parteitag der Urabstimmung, wenn ein Drittel der anwesenden Delegierten dies verlangt. In der Abstimmung sprachen sich 234 für die Unterstellung des Parteitag-Beschlusses unter die Urabstimmung und 232 gegen die Unterstellung aus. Da das Drittel 188 beträgt, wird der Beschluss der Urabstimmung unterbreitet.

Der Beitrittsbeschluss tritt infolgedessen vorläufig nicht in Kraft.

Gewerkschaftliches.

Der Schiedspruch von den Hamburger Bankleitungen abgelehnt.

Der Verband der Hamburger Bankleitungen hat den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitensministeriums unter der Begründung abgelehnt, dass der neue Schiedspruch des Verbands wesentlich größere Opfer auferlegt, als der vor einigen Wochen abgelehnte Hamburger Schiedspruch, da die Methode, den Unterschied von Angebot und Forderung gangförmig zu halbieren, ein befriedigendes Ergebnis nicht versprechen kann. Der Verband der Bankleitungen bemerkt, dass dem Reichsarbeitensminister das Recht nicht zustehe, die mangelnde Zustimmung der Bankleitungen durch eine vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses in Aussicht gestellte Verbindlichkeitsklärung zu ersetzen, und dass die Bankleitungen fest entschlossen seien, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen eine solche Verbindlichkeitsklärung vorzugehen und die Entscheidung der ordentlichen Gerichte anzurufen.

Durch diesen ablehnenden Standpunkt wird die Gefahr eines allgemeinen Bankstamensrisikos wieder in greifbare Nähe gerückt.

Im heutigen Sonnabend sollte in allen Hamburger Groß- und Kleinbanken die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Hamburger Bankbeamten traten jedoch am Freitag zu einer Sitzung zusammen und lehnten den Beschluss ab, die Arbeit nur auszunehmen, wenn die Generalstreikleitung die Parole herausgegeben würde. Wie wir hören, hat der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten sich am gestrigen Freitagabend mit dem Reichsarbeitensminister in Verbindung gesetzt, um einen sozialgerichtlichen Bescheid des Ministers zu erlangen.

Die Reorganisation des Berliner Wach- und Schließwesens.

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Wächterinnen, Wächter, Oberwächter, Kontrollleute und Wachmeister hielten am Donnerstagvormittag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine hartbesuchte Versammlung ab. In dieser Versammlung waren die Unternehmer, die Staats- und städtischen Behörden sowie die Haus- und Grundbesitzer eingeladen und auch mit einer Reihe Vertreter in der Versammlung anwesend. Neben dem Thema: „In die Einleitung eines gesellschaftlichen Häuserfriedens und Bewachungswanges für Groß-Berlin zu fordern“ sprach Frankel vom Transportarbeiterverband im längeren Rede. Er schilderte eingangs ausführlich die außerordentlich schlechte wirtschaftliche Lage des Wächterpersonals und stellte unter lebhafter Empörung der Versammlung fest, dass heute noch eine Berliner Firma Löhne zahlt von 125 Mk. im Monat bei 12stündiger, 145 Mk. bei 10stündiger und 165 Mk. bei 12stündiger Arbeitszeit. Doch bei 12 Stunden Nachtarbeit von einer gewohnheitsmäßigen Nebenbeschäftigung nicht mehr die Rede sein kann, ist ohne weiteres klar. Nach den neuesten Ermittlungen vom Juli 1919 werden bei der Wach- und Schließgesellschaft gezahlt Anfangslöhne von 200 Mk. pro Monat, steigt bis zum 8. März auf 240 Mk. für weibliche Wachpostenstelle 180 Mk. pro Monat. Bei der Hausfriedensgenossenschaft Berliner Grundbesitzer werden gezahlt bei 12stündiger Arbeitszeit 205 Mk. bei 10stündiger Arbeitszeit 255 Mk. für weibliche Wachpostenstelle 190 Mk. pro Monat. Vor allen Dingen muss gefordert werden die achtstündige Arbeitszeit, mehrere freie Nächte im Monat, Erholungsurlaub, freie Abholung und Siderstellung vor Unfallgefahren. Alle diese Dinge, auch die Klage der Unternehmer, dass bei Erfüllung dieser Forderungen die Rentabilität der Betriebe in Frage steht, stehen sich Wien durch eine Reorganisation des Berliner Wach- und Schließwesens. Die Wach- und Schließgesellschaften sollen als öffentliche Anstalten anerkannt und aus dem freien Wettbewerb herausgehoben werden. Es muss die Erstellung von Konzessionen verlangt werden, die sich gründen auf die Anerkennung der tatsächlichen Ermittlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Es kann nicht jedem Unternehmer gestattet werden, ein solches Risiko als privates Nebenobjekt aufzunehmen. Die Häuserfriedensgenossenschaft als öffentliches Interesse, deshalb muss der Häuserfriedensgenossenschaft ein schlichter Zwang auferlegt werden. Der Redner erwiderte auch die Frage der Kommunalisierung und hält sie heute noch nicht für möglich mit der Begründung, dass alle Betriebe, die von den Kommunen übernommen werden sollen, etwas abwerfen müssen. Das ist eine allerdings harte Verkenntung der Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Sozialisierung oder Kommunalisierung.

Der Redner legte der Versammlung eine längere Resolution vor, die in ihrem ersten Teil die Schaffung eines Kollektivvertragssystems sowie die weitgehende Verwirklichung der oben erwähnten Forderungen einschließlich des Mitbestimmungsrechtes wünscht. Im zweiten Teil der Resolution wird die Forderung an die Behörden gestellt, keine neuen Unternehmungen zuzulassen, wenn die Gründer die tariflichen Ermittlungen zwischen Arbeitern und Unternehmern nicht anerkennen; bestehende Konzessionen für jede Neugründung zur größeren Sicherheit des öffentlichen Lebens den Häuserfriedensgenossenschaft einzuwickeln; zu erwägen, ob die Voraussetzungen gegeben sind, den Wach- und Schließdienst dem Sicherheitsdienst anzuschließen und diese bestehenden Institutionen in Kommunalisierung überzuführen.

Die Ausführungen des Referenten fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Darauf nahm Direktor Kraus den

Der Berliner Tisch- und Schloßgesellschaft das Wort zu seinem Korreferat. Er summiert den Ausführungen seines Vordruckers über die schlechte Lage der Nachwächter im allgemeinen zu, sah aber in dem Hausnachwuchs- und Schließung nicht das Mittel, das Los der Arbeiter zu bessern. Diese Frage sei in erster Linie doch eine Frage der Rentabilität, die allein doch die Quelle für die materielle Verbesserung der Arbeiter bilde. Der Redner erregte stürmischen Widerspruch, als er feststellte, daß die Wächterarbeit keine Schwerarbeit sei. Er trat der Resolution des Vordruckers bei mit der Einschränkung, daß der Kampf zur Vermehrung und Schließung nicht das Mittel sei, den erstrebten Zielen näherzukommen.

In der ausgedehnten Diskussion traten auch die Genossen Schröder und Hilde, ferner der Rechtssozialist Müller und ferner der bürgerliche Stadtverordnete Wege mit Entschiedenheit für die Kommunalisierung des Wächterwesens ein. In der Abstimmung wurde die vorliegende Resolution einstimmig angenommen.

Die Delegiertenwahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter.

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird aus Frankfurt a. M. gemeldet: „Bei der Wahl von Vertretern für den Metallarbeiterverband in dem Bezirk Groß-Frankfurt wurden die Kandidaten der mehrheitssozialistischen Metallarbeiter mit großer Mehrheit gegenüber den Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gewählt.“ Nach einer neuen Meldung aus Frankfurt ist das Wahlergebnis jedoch von unseren Genossen angefochten worden. Nach genauer Prüfung des Ergebnisses sollen nämlich nicht die rechtssozialistischen Kandidaten, sondern die Liste Dismann (Unabhängige) gewählt worden sein.

In Magdeburg sollen nach einer Meldung der rechtssozialistischen „Magdeburger Volkstimme“ die Unabhängigen mit 400 Stimmen in der Winderheit geblieben und die sechs Kandidaten der Rechtssozialisten gewählt worden sein.

Streik in den Färbereien und chemischen Waschanstalten.

Am Mittwoch sind in allen Betrieben der Färbereien und chemischen Waschanstalten die Arbeiter in den Streik getreten, da ein Schiedsspruch, durch den der Stundenlohn auf 1,95 M. für gelehrte Arbeiter festgesetzt worden war, von den Arbeitnehmern als zu weitgehend abgelehnt wurde.

Die Streikenden legen das Vertrauen in sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß sie sich zu keiner Streikbrecherei hingeben, sondern daß nur da gearbeitet wird, wo die Streikleitung ihre Zustimmung gegeben hat.

Das Zentralstreikbüro befindet sich bei Große, Köpenickerstraße 88.

Zum Streik im chemischen Großhandel.

Vor dem Reichsarbeitsamt haben Verhandlungen bezüglich Beilegung des Streiks stattgefunden. Ueber Gang und Ergebnis der Verhandlungen wird heute vormittag 9 Uhr in den Sophienblättern, Sophienstr. 19, Bericht ersollt.

Die Streikleitung.

Kriegsorganisationen.

Der Volksguard hat seine Zustimmung erteilt, daß für die Kriegsorganisation eine besondere Medaille für die Erfassung der Angehörigen, Arbeiter usw. in den Kriegsorganisationen zu der Reichsarbeitsamt eingereicht werde.

Die Arbeitervereine und Obmänner der Kriegsorganisationen werden deshalb aufgefordert, bis spätestens 30. August er. ihre Anmeldungen in unserem Bureau, Potsdamer Straße 22, I, abzugeben. Die Anmeldeformulare können bei uns in Empfang genommen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine der Kriegsorganisationen.

Verband der Sattler und Portierkasser. Achtung! Der Groß-Berliner Volksguard hat die Medaille betreffs der Arbeitervereine, wahlen bis zum Dienstag, den 28. d. M., verlängert. Wir ersuchen sämtliche Kollegen, insbesondere die Vertrauensleute der Betriebe unseres Verbandes, für rechtzeitige Anmeldung Sorge zu tragen. Verziehe werden sich geschlossen, Einzelbeschäftigte müssen ihre Meldung selbst vollziehen.

Freiungsbekanntmachung. Bis Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, muß jeder Betriebsvertrauensmann seinen Betrieb (Nacht der Beschäftigten über 18 Jahre) bei dem vom Volksguard bekannt gegebenen Medaille eingetragenen haben. Einzelbeschäftigte selber bei der nächstgelegenen Medaille, ebenso Arbeitslose. Antragsauskunft: Walter Jodel.

Ueber die Neuwahl des Arbeiterrates bei der Firma Kumbi (früher L. G. G.), Johannisstraße wird uns berichtet: Die vereinigte Liste der U. S. P. m. R. S. D. erhielt 720, die Liste der S. P. D. 298 Stimmen. Die zahlreichen Beamten der Firma stimmten fast geschlossen für die S. P. D., sonst wäre das Resultat noch trauriger für die S. P. D.

Die Hochbahnangelegenheiten nahmen in einer gut besuchten Versammlung am Mittwochabend im Müllervereinsklub ein Referat des Genossen Baumg über das Nächstkommende entgegen. Der lebhafteste Teil der Versammlung bewies, daß auch die Hochbahnangelegenheiten dem Nächstkommenden Verständnis entgegenbringen. Von einer Diskussion nahm die Versammlung Abstand. Der angelegte Korreferent der S. P. D. war leider nicht erschienen. Anschließend wurden verschiedene wirtschaftliche Fragen besprochen, u. a. auch die Stellungnahme gegen die sieben Angestellten, die bei dem Streik am 21. Juli gearbeitet hatten. Die Verhandlungen über die Nachzahlung des Vorschusses von 150 M. haben bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin • N. 54, Lichtenstraße 83-85.

Beschäftigt von 9 bis 4 Uhr. :: Telefon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.

Achtung! **Achtung!**
Am Montag, den 25. August 1919, abends 6 Uhr, im Saale des Arbeitsnachweises, Lichtenstraße 83-85.

Wahl der erweiterten Ortsverwaltung

Tagesordnung:
Stellungnahme zu den durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses den Berliner Metallarbeitern empfohlenen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Besondere Einladungen erfolgen nicht. Mitabstimmung und Funktionärkarte legitimiert. Ohne dieses kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Gesundung durch Sauerstoff

Ein durchaus wirksames, völlig unbedenkliches Mittel gegen alle Verunreinigungen bei Nerven- u. Stoffwechsellörungen jeder Art, wie Gicht, Rheuma, Adrenalkrankung, Magen- u. Darmleiden, Zuckerkrankheit, Leberleiden, Schwächenzuständen, Herzleiden, Magenerkrankungen, u. a. m. - Verlangen Sie kostenfrei unsere Broschüre.
Dr. Gebhard & Co., Berlin 113, Potsdamer Straße 104.

Groß-Berlin.

Zur Kommunalisierung der Meierei Volle.

Der Magistrat teilt mit: Die Meierei Volle hat den am vergangenen Mittwoch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern getroffenen Vereinbarungen bis zu der hierfür vorgesehenen Frist nicht zugestimmt. Um die Stilllegung des Betriebes zu verhindern, hat die Fettstelle Groß-Berlin (Milk) heute unter Zustimmung des Herrn Vorsitzenden der Staatlichen Verteilungsstelle die Meierei Volle in eigene Verwaltung übernommen, wodurch der vorgelegte Tarifvertrag für die Arbeitnehmerschaft von selbst in Kraft tritt.

Die Arbeitnehmerschaft der Meierei Volle hat auf die Mitteilung hiervon der Fettstelle zugestimmt, sie nunmehr in jeder Weise in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Die Fettstelle glaubt, gestützt auf diesen größten Betrieb Groß-Berlins und mit Unterstützung der Arbeitnehmerschaft, nach Überwindung der Uebergangsschwierigkeiten die Milchverteilung innerhalb Groß-Berlins nunmehr reibungslos durchführen zu können.

Protestversammlung der Bäckermeister Groß-Berlins.

Im großen Saal der Germania-Säle tagte am gestrigen Freitag nachmittags eine vom Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins einberufene Protestversammlung, die insbesondere gegen die vom Magistrat erlassene Schrippenabgabeordnung protestieren sollte. Junghansbörnermeister König führte in einem Referat aus, daß die Bäckermeister es sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß man ihnen auf einem der Nationierung entzogenen Gebiete unbillige Vorschriften über die Preise macht, die sie von ihrer Rundschaft zu verlangen hätten. In der anschließenden ausgedehnten Debatte wurde von verschiedenen Rednern erklärt, entweder wir haben für mindestens 50 Pfennig, oder die Berliner erhalten keine Schrippen. Ein Redner führte aus, daß die Bäckermeister sich in früherer Zeit durch ihre reaktionäre Haltung verhasst gemacht hätten. Jetzt, wo die Linken im Stadtparlament dominieren, lasse man dies die Bäcker deutlich fühlen. Auch gegen das Anzeichenverbot wurde Stellung genommen. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine fünfköpfige Kommission ernannt, deren Aufgabe es sein soll, beim Magistrat anderweitig wegen Umhebung des Anzeichenverbotes vorstellig zu werden. Ueber die Milchverteilung und Milchbeschaffung wurde ausgeführt, daß vielwies unbrauchbares Mehl vorhanden. Die Schuld hierfür trage einzig die Reichsgetreidestelle, die den einzelnen Oeten derartige Mengen zugewiesen habe, daß sie diese nicht genügend lagern konnten. Verdorbenes Mehl werde in letzter Zeit überhaupt nicht mehr umgetauscht, da man kein gutes Mehl mehr zum Austausch zur Verfügung habe. Es werde behördlich verboten offen zu geben, daß kauende Rentner Mehl und auch große Mengen noch nicht ausgemaltes Getreide verhandelt seien. Man müsse verlangen, daß von der neuen Ernte bis 80 Prozent ausgemahlen werde. Die diesjährige Ernte sei derzeit günstig, wie man sie weder während des ganzen Krieges, noch im Laufe der letzten Jahrzehnte gehabt habe.

Die Versammlung nahm eine Entschloßung an, in der sie die Zustimmung, ein Pfund Mehl für 25 Pfennig zu verhandeln, als für das Bäckerhandwerk entwürdigend ablehnt. Sie spricht der Behörde das Recht ab, Preise festzusetzen für die Arbeitsleistung von Waren, die der amtlichen Verwaltung unterworfen sind. Sie verlangt die Aufhebung der Verordnung, soweit sie Preisfestsetzung betrifft und fordert stattdessen, außer Sonntags, für mindestens 50 Pfennig pro Pfund Mehl zu haben.

Uebereinstimmend bestimmte Preise vorzuschreiben, sind wir doch etwas anderer Ansicht als die Verwaltung. Was den festgesetzten Preis von 25 Pfennig anbelangt, erscheint er uns in Anbetracht dessen, daß oftmals in kleinen Mengen gebaden werden muß, etwas zu niedrig. Aber der Preis von 50 Pfennig ist wieder ein zu hoher und darf nicht bewilligt werden; es wird sich wohl noch eine Verständigung erzielen lassen. Das Anzeichenverbot könnte unseres Erachtens auch aufgehoben werden. Heute kann man wohl auch unter den Augen der Polizei in Gastwirtschaften liegen sehen, wo er zu Wucherpreisen verkauft wird, aber in Wädeläden ist keiner zu haben. Das ist gewiß ein Zustand, der Erregung hervorzurufen muß.

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene.

Ueber die an anderer Stelle unseres Blattes veröffentlichten Forderungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wird in nachstehenden großen Mitgliederversammlungen heute nachmittags 4 Uhr referiert, wozu diejenigen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die auf dem Boden des Internationalen Bundes stehen, eingeladen sind. Oberlands Hofstraße, Neue Friedrichstraße 25; Sophienstraße, Sophienstr.; Sophien-Asyrum, Weinmeisterstr. 10; Stadthaus, Klosterstraße.

Erklärung.

Die Nr. 401 Morgen-Ausgabe der „Freiheit“ bringt eine Verächtung des Vorsitzenden des Zentralrats der Arbeitervereine Roy Cohen, in der dieser es abweist, daß der Zentralrat öffentlich erklärt hätte, sich der Erfassung der Wähler anzuschließen.

Es ist jedenfalls, daß der Vorsitzende des Zentralrats, Roy Cohen, erklärt hat, daß die Richtlinien des Volksguard zur Erfassung der Wähler für das ganze Reich musterhaft seien.
C. Volmerhaus

Achtung, Referent! Sonnabend 6 Uhr Schillerstraße 5 II Arbeiter-Bildungsschule.

Sämtliche Arbeitssäfte Lichtbergs melden sich vom 23. bis 24. August beim Arbeitslokal, Marwitz, 10/11, von 9 bis 12 Uhr zum Empfang des Ausweises zum Bezug von verbilligtem Mehl.

Die Unterschlagungen bei der Deutschen Bank sind durch den 42-jährigen Filialleiter Jürg, welcher die Depositionen U. V. in der Auslandskasse 8000 leitete, verübt worden. Jürg ist die Forderungen in der Weise vorgenommen, daß er eingehende Wertpapiere nicht unterschlug und durch außerordentlich schlechte Forderungen in den Büchern die Fehlbeträge zu verschleiern und verdecken mußte.

Lebensmittellisten.

Berlin. Infolge des dauernd hohen Engpases an feiner Milch kann die U. V. Kinderkarte vom 23. August ab bis auf weiteres nur mit 4 Liter Vollmilch beliefert werden.

Yankam. In dieser Woche gelangen Schmelzschokolade und ein kleiner Teil Kinderschokolade zur Ausgabe. Der Preis für die Konfekten beträgt für 200 Gramm 2,15 M. Auf Abschnitt 1 200 Gramm Gruppen. Von Montag ab auf Abschnitt 77 250 Gramm ausl. Schokolade.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Niederhohenhausen. Die Wochenmenge an Fett beträgt vom 25.-31. August 40 Gramm Butter, 200 Gramm Margarine. Auf Abschnitt 49 der Kassenscheine für Kinder bis zu 2 Jahren 1/2 Pfund Butter, 2 Pfunde Rahm. Auf Abschnitt 25 der Kassenscheine 1 Pfund Butter, 2 Pfunde Rahm. Auf Abschnitt 77 250 Gramm Gruppen. Von Montag ab auf Abschnitt 77 250 Gramm ausl. Schokolade.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Aus den Organisationen.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.

Weg. Für die Lebensmittel-Zuguteilung an Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden vom Montag ab besondere Karten ausgeben. Die Ausschüttung der Karten erfolgt auf den amtlichen Gebührenscheinen über die amtliche Eintragung im Familienbuch und gegen Vorlegung der alten Bescheinigung auf dem Berliner Bürger Lebensmittelkarte. Die Abgabe der Rationierung erfolgt vom Montag, den 1. September 1919 ab, nur noch auf die neuen Karten.